

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 37 – Initiative für das Ehrenamt

Dazu sagt der innenpolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Thorsten Fürter:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

„Singen kostet nichts“

Nr. 055.11 / 28.01.2011

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

die Anträge aus den Reihen von CDU und FDP schwanken ja in letzter Zeit immer ein bisschen zwischen Sonntagsrede und trauriger Realpolitik. Heute steht mal wieder ein Sonntagsredenthema auf der Tagesordnung.

Der Antrag ist in der Sache in Ordnung. Deshalb werden wir ihn nicht ablehnen. Sie werden mir aber, wenn sie sich selbst prüfen, auch zustimmen: Er ist auch verlogen, wenn man auf die Haushalts-Kürzungen im Bereich des Ehrenamtes guckt.

Sie singen das Loblied auf das Ehrenamt, weil das Singen nichts kostet. Gleichzeitig sparen Sie innerhalb von zwei Jahren bis 2012 stolze zwei Mio. Euro im Bereich des Sozialvertrags I ein, was für das Ehrenamt – bei gleichmäßiger Verteilung der Kürzung auf alle Projekte - eine Kürzung um 55 Prozent bedeutet. Genau das nennt man gemeinhin „verlogen“.

Kommen wir aber nun zum bürgerschaftlichen Engagement, das für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist. Wir stehen vor der wichtigen Aufgabe, bürgerschaftliches Engagement nachhaltig zu stärken und die Idee einer lebendigen Zivilgesellschaft mit Leben zu füllen. Dieses zivile Engagement ist unabdingbar, wenn wir wieder mehr Offenheit und Durchlässigkeit in die Gesellschaft bringen wollen.

Ansatzpunkt für dieses Engagement ist die örtliche Gemeinschaft. Doch was geschieht dort? Neben der Landesregierung nimmt auch die schwarz-gelbe Bundesregierung den Städten und Gemeinden ihre Substanz – wie z.B. mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz geschehen - statt ihre Investitionsfähigkeit zu stärken. Viele kommunale Kultureinrichtungen oder Vereine und Initiativen im Bürgerschaftlichen sind freiwillige

Leistungen, die schnell dem Rotstift zum Opfer fallen könnten.

Ehrliche Engagementpolitik endet nicht mit Lippenbekenntnissen, sondern beginnt bei einer soliden Finanzausstattung der Städte und Gemeinden.

Ein sehr großer und wichtiger Bereich des Ehrenamtes ist der Bereich des Sports. Mehr als 2,7 Millionen Menschen in Deutschland leisten jährlich über 500 Millionen Stunden ehrenamtliche Arbeit für rund 27 Millionen Mitglieder in deutschen Sportvereinen. Aber nicht nur in Sportvereinen sind BürgerInnen als ÜbungsleiterInnen, TrainerInnen, SchatzmeisterInnen oder im Vorstand ehrenamtlich aktiv, sondern auch in einzelnen Sportprojekten. Wir wollen dieses Engagement stärken und die Menschen bei ihrer freiwilligen Arbeit unterstützen.

Falsch wäre es aber, und das sage ich ganz ausdrücklich, den Einsatz von BürgerInnen als Ersatz für professionelle Infrastruktur und staatliche Verantwortung zu begreifen. Denn bürgerschaftliches Engagement gibt es nicht umsonst. Wir wollen im Steuer-, Gemeinnützigkeits-, Spenden- und Vereinsrecht, im Ausbau der Infrastruktur, der Engagementförderung und der verstärkten Qualifizierung und Weiterbildung der Freiwilligen Erleichterungen bewirken. So müssen Anlaufstellen wie zum Beispiel Freiwilligenbüros mit professionellen Beratungen aufgebaut und vernetzt werden.

Ferner muss es kleine Anschubfinanzierungen für ehrenamtliche Projekte geben. Wichtig ist zudem, dass den Ehrenamtlichen fundierte Fortbildungsmaßnahmen angeboten werden können.

Und es kann nicht sein, dass im Hartz IV Paket, das zurzeit im Vermittlungsausschuss des Bundesrates hängt, die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit zukünftig auf das Arbeitslosengeld II angerechnet werden sollen. Wir wollen alle gesellschaftlichen Kräfte für das Engagement im Ehrenamt gewinnen. Einer Bevölkerungsgruppe in Millionenstärke, aber auch jeden Anreiz für Engagement zu nehmen, ist nicht in Ordnung.

Nehmen sie ein Beispiel: Ein Ingenieur findet seit mehreren Jahren keinen Anschluss auf dem Arbeitsmarkt mehr. Er bezieht ALG II, sein Existenzminimum ist – mehr schlecht als recht – gedeckt. Trotzdem lässt er sich nicht hängen. Er engagiert sich in einer Gruppe, die regelmäßige Vorlesestunden im Altenheim organisiert. Er hat natürlich damit Aufwendungen. Soll seine Aufwandsentschädigung dann auf das Existenzminimum angerechnet werden? Das kann doch nicht richtig sein. Deswegen fordern wir, dass die Landesregierung in diesem Punkt konkrete Schritte unternimmt, um das Ehrenamt zu stärken.
